

Bundeswehrreform 2010

—

Herausforderungen annehmen, um Zukunft zu gestalten

I. Die CSU ist die Partei verlässlicher Sicherheitspolitik

Zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Wiedervereinigung unseres Landes und Europas durch den Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetsystems wird Deutschland militärisch von niemandem unmittelbar bedroht.

Dennoch zeigen gerade die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, dass wir auch nach dem Ende des Kalten Krieges mit einem gewissen Maß an potentiellen Gefährdungen unserer äußeren Sicherheit rechnen müssen, auch wenn sie in Art oder Umfang sehr verändert sind.

Die CSU als die Partei der Sicherheitspolitik, von Franz Josef Strauß bis zu Karl-Theodor zu Guttenberg, bekennt sich deswegen uneingeschränkt zu der Aufgabe, mit einer auf diese geänderten Herausforderungen ausgerichteten Bundeswehr weiterhin den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger und die Sicherheit unserer Partner im Atlantischen Bündnis zu gewährleisten.

Diese traditionelle Verlässlichkeit verlangt aber dennoch, sich an den Rahmenbedingungen der Gegenwart zu orientieren. Die Anpassung und Neuausrichtung der Strukturen der Bundeswehr, das Kernstück unserer äußeren Sicherheit, muss ebenso diesem Ziel dienen, wie die anderen Instrumente einer integrierten Sicherheitspolitik, über die Bund und Länder darüber hinaus verfügen.

34 **II. Geänderter sicherheitspolitischer Rahmen**

35

36 Deutschland ist fest im transatlantischen Bündnis verankert und eine der führenden
37 Nationen in der Europäischen Union.

38 Gegen niemals auszuschließende Verschlechterungen der sicherheitspolitischen
39 Lage schützt sich Deutschland mittels der Garantien zur Kollektiven Verteidigung im
40 Bündnis der NATO, das sich mit einem „Neuen Strategischen Konzept“ den
41 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt.

42

43 Landesverteidigung bedeutet heute und in absehbarer Zukunft Bündnisverteidigung
44 in wie weit jenseits der Grenzen des Bündnisgebiets. Deutschland muss auch
45 zukünftig für die Wahrung seiner Interessen im Bündnis, zur Glaubwürdigkeit
46 kollektiver Verteidigung und zur gerechten Lastenteilung mit seinen Verbündeten
47 einen angemessenen Bündnisbeitrag leisten. Verlässlichkeit, von der wir in der
48 Vergangenheit durch unsere Bündnispartner jahrzehntelang profitiert haben, definiert
49 sich auch über die Beteiligung an gemeinsam beschlossenen Einsätzen.

50

51 Sicherheitsvorsorge im 21. Jahrhundert bemisst sich jedoch weniger denn je allein
52 über militärische Fähigkeiten. Wir sehen uns heute einer Vielzahl von Bedrohungen
53 gegenüber. Diese reichen vom weiterhin aktiven internationalen Terrorismus, der
54 Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen, bis hin zu
55 Angriffen auf unsere Computernetzwerke oder die Bedrohung von Handelswegen.
56 Fragen der Energie- und Ressourcensicherheit gewinnen an Bedeutung, ebenso
57 sicherheitsrelevante Konsequenzen des Klimawandels. Die globale Vernetzung
58 bietet nicht nur Chancen, sie macht unsere offene Gesellschaft auch verwundbarer.
59 Die Sicherheitsrisiken für Deutschland sind daher, gerade wegen des Fehlens einer
60 unmittelbaren militärischen Bedrohung, noch weniger greifbar und vorhersehbar
61 geworden. In sicherheitspolitischen Analysen und Szenarien verlieren geographische
62 Entfernungen zudem an Bedeutung.

63 Damit haben regional weit entfernte Konflikte direkte Auswirkungen auf die
64 Sicherheitslage im eigenen Land. Das heißt aber auch, dass sich Gefahren direkt bei
65 uns zu Hause im eigenen Land realisieren können. Deswegen bedarf es auch
66 weiterhin einer substantiellen Sicherheitsvorsorge im Inland.

67

68 Vor diesem Hintergrund und den Erfahrungen, die Deutschland bis heute in
69 Einsätzen gewonnen hat, ist es jetzt erforderlich, die Grundlagen für die
70 Ausgestaltung der Bundeswehr mit dem Blick nach vorne zu diskutieren, um zeitnah
71 die richtigen Weichen für die zukünftige Ausrichtung zu stellen. Es verbietet sich
72 dabei, die Bundeswehr einseitig nur auf das Szenario Afghanistan auszurichten.
73 Vielmehr muss es aus Sicht des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises
74 (ASP) der CSU heute mehr denn je darauf ankommen, eine professionelle,
75 multinational und in einem breiten Fähigkeitsspektrum einsetzbare Bundeswehr zu
76 formen, die auch allen Ansprüchen der NATO-Doktrin gerecht werden kann, einen
77 der Größe unseres Landes angemessenen Betrag zur Bündnissicherheit zu leisten.

78

79 Die Wehrpflicht war bisher eine tragende Form der Wehrhaftigkeit unseres Landes.
80 Sie hat die Aufwuchs- und Erneuerungsfähigkeit sichergestellt und war Kernelement
81 der Bundeswehr in einer Größe von bis zu 500.000 Mann.

82 Wenn die verpflichtende Heranziehung zum Wehrdienst immer weniger zur
83 Aufgabenerfüllung der Streitkräfte beiträgt und deren Rechtfertigung sich
84 vornehmlich auf Aspekte der Nachwuchsgewinnung reduziert, wird sie
85 sicherheitspolitisch nicht mehr umfassend abgeleitet werden können.

86

87 Der ASP trägt die sicherheitspolitische Schlussfolgerung im Bericht des
88 Generalinspektors und den Beschluss der Präsidien von CDU und CSU mit, dass
89 eine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die allgemeine Wehrpflicht derzeit nicht
90 mehr gegeben ist.

91

92 Daraus folgt, dass die Einberufung zum Grundwehrdienst derzeit ausgesetzt werden
93 kann.

94

95 Die rechtliche Möglichkeit jedoch, die Wehrpflicht im Fall von umfassenden
96 Bedrohungslagen innerhalb eines überschaubaren Zeitraums von zwei bis fünf
97 Jahren wieder teilweise oder vollständig zu aktivieren, muss aber zwingend erhalten
98 bleiben. Insofern sollte auch die Wehrverfassung und eine entsprechende Befassung
99 mit den jungen Männern einschließlich einer Beratung und Angeboten für freiwilligen
100 Dienste erhalten bleiben.

101

102

103 Dabei ist festzuhalten, dass sich gegenwärtig nirgendwo eine Situation abzeichnet,
104 die eine Wiedereinführung eines Grundwehrdienstes wahrscheinlich sein lässt. Der
105 ASP unterstützt des Weiteren auch die CSU in ihrer Grundsatzposition, den Art. 12a
106 des Grundgesetzes in der bestehenden Fassung zu erhalten.

107

108

109 **III. Sechs sicherheitspolitische Forderungen des ASP**

110 Vor dem Hintergrund des beschriebenen sicherheitspolitischen Rahmens und unter
111 Berücksichtigung der gemeinsamen Erklärung der Präsidien von CDU und CSU zur
112 Bundeswehrreform vom 26. und 27. September 2010 stellt der ASP sechs
113 Forderungen auf:

114

115 **1. Forderung: Professionalisierung der Strukturen in der Bundeswehr**

116

117 Die Bundeswehr muss „entbürokratisiert“ werden, um ihren Auftrag professioneller
118 erfüllen zu können. Durch Straffung der Führungsstrukturen, einer weiteren Stärkung
119 der Einsatzkräfte, einer Konzentration von Kompetenzen und dem Abbau von
120 redundanten Aufgaben und Fähigkeiten wird die Bundeswehr effizienter.

121

122 Dabei müssen auch bei der Bundeswehr Entscheidungswege verkürzt und
123 Verantwortung so weit wie möglich nach „unten“ verlagert werden.

124 Gleiches gilt für die Wehrverwaltung, deren Umfang den geänderten Strukturen der
125 Bundeswehr angepasst und deren Aufgabe effektiver und dem Bedarf der
126 Streitkräfte entsprechend definiert werden muss.

127

128

129 **2. Forderung: Nachhaltige Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr**

130

131 Die Bundeswehr braucht künftig mehr denn je mitdenkende,
132 verantwortungsbewusste, motivierte, selbstbewusste und durchsetzungsfähige,
133 zugleich aber auch einfühlsame und kulturell kompetent handelnde Soldatinnen und
134 Soldaten. Die Bundeswehr wird nur dann genügend Personal bekommen, wenn in
135 unserer Gesellschaft der Dienst von allen anerkannt wird. Hierzu gehört auch eine

136 Kooperation mit der Privatwirtschaft im Bereich der Personalgewinnung und des
137 Personalaustauschs.

138 Im Wettbewerb mit der Wirtschaft um geeignetes Personal wird die
139 Ausbildungsqualität in der Bundeswehr und die Wiedereingliederung in das zivile
140 Wirtschaftsleben entscheidend werden.

141

142 Die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, der schärfer
143 werdende Wettbewerb mit der Wirtschaft sowie die Aussetzung der Einberufung von
144 Grundwehrdienstleistenden erfordern daher effektive Konzepte zur
145 Nachwuchsgewinnung.

146

147 Dazu fordert der ASP zum einen ein wirksames Maßnahmenpaket zur
148 Verbesserung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr selbst, zum anderen
149 eine Neuorganisation der Nachwuchsgewinnung, um junge Frauen und Männer über
150 gezielten „Erstkontakt“ für den Dienst als Soldat als modernen Beruf zu interessieren.
151 Die Nachwuchsgewinnungsorganisation darf dazu nicht in den Kasernen verharren,
152 sondern muss bei den Bürgerinnen und Bürgern aktiv präsent werden.

153

154

155 **3. Forderung: Entwicklung einer tragfähigen Wehrstruktur**

156

157 Das Ziel der Bundeswehrreform muss sein, die Bundeswehr entsprechend der
158 sicherheitspolitisch geforderten Fähigkeiten und der zu erwartenden
159 Herausforderungen aufzustellen. Sie muss dazu effizienter, schlagkräftiger,
160 moderner und besser ausgerüstet sein als heute.

161

162 Die dazu erforderliche Professionalisierung und Modernisierung lässt sich ohne
163 Reduzierung des Umfangs der Bundeswehr nicht erreichen. Dies gilt insbesondere
164 dann, wenn zum Erhalt der wirtschaftlichen Stärke und politischen
165 Handlungsfähigkeit unseres Landes, wie in anderen Staaten auch, die
166 Konsolidierung des Staatshaushalts notwendig ist.

167

168 Dennoch darf die künftige Truppenstärke nicht nach Konjunkturlage definiert werden
169 oder sich ausschließlich am derzeitigen sicherheitspolitischen Minimum orientieren.

170 Aus Sicht des ASP sollte der Umfang der Bundeswehr auch ausreichend Flexibilität
171 für noch unvorhersehbare Entwicklungen, insbesondere hinsichtlich neuer Risiken
172 und zur Sicherheitsvorsorge im Inland bieten. Stetigkeit der Planungsgrößen
173 einschließlich gesicherter Finanzierung ist eine Grundvoraussetzung für die
174 Einsatzbereitschaft.

175

176 Der ASP plädiert für eine zukünftige Truppenstärke der Bundeswehr von mindestens
177 180.000 bis 190.000 Soldatinnen und Soldaten.

178

179 Insbesondere die Finanzausstattung der Bundeswehr muss dieser politisch gewollten
180 und sicherheitspolitisch angemessenen Gesamtstärke der Bundeswehr entsprechen.
181 Wir fordern dazu, die Sparvorgaben der Bundesregierung anzupassen, um die
182 Reform zur neuen Bundeswehr nicht von vornherein durch einen zu engen
183 Finanzrahmen zu belasten.

184

185

186 **4. Forderung: Schaffung eines gesamtstaatlichen vernetzten** 187 **Sicherheitskonzeptes**

188

189 Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Bundeswehr im
190 verfassungsmäßigen Rahmen zurecht, dass diese auch weiterhin mit allen ihren
191 vorhandenen Kräften, Mitteln und Fähigkeiten auch im Inland rasch und wirksam
192 helfen kann – sei es zur Hilfe bei Schnee- und Hochwasserkatastrophen oder nach
193 Großschadensereignissen, sei es zum Schutz lebenswichtiger Infrastruktur vor
194 terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen in Unterstützung der Kräfte der
195 inneren Sicherheit.

196

197 Aus Sicht des ASP muss ein Einsatz von Reservisten im Inland, aber auch im
198 Ausland, weiterhin möglich sein, um kurzfristigen Bedarf der Einsatzkräfte abdecken
199 zu können. Derzeit sind bereits 1/10 der im Auslandseinsatz eingesetzten Kräfte
200 Reservisten.

201

202 Die Strukturen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit müssen in einem föderalen
203 Ansatz als hierfür notwendige und bewährte Schnittstelle zu den zivilen

204 Organisationen und Einrichtungen nicht nur erhalten bleiben, sondern - wo
205 erforderlich - noch ausgebaut werden.

206

207 Der ASP fordert in diesem Zusammenhang, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln,
208 die unseren Reservisten angesichts einer kleineren und zugleich im Einsatz
209 stehenden Bundeswehr eine größere, moderne und verantwortungsvollere Rolle für
210 den Schutz ihrer Heimat zuteil werden lässt. Das heißt, dass wir über die Struktur der
211 Landeskommmandos und BVK/KVK hinaus auch Fähigkeiten vorhalten müssen.

212 Moderner Heimatschutz kann sich nicht allein auf die Bundeswehr oder die
213 Reservisten stützen. Sie werden aber eine sehr wichtige Aufgabe übernehmen und
214 entsprechende Potentiale behalten müssen.

215 Notwendig ist, dass eine zukünftige „Nationale Sicherheitsstrategie“ (Weißbuch)
216 deswegen sich nicht nur mit der äußeren Sicherheit beschäftigen, sondern in einem
217 zweiten Band auch ressortübergreifend und in Bund/Länderabstimmung den
218 zivilmilitärischen Kooperationsbedarf zur Bekämpfung von Großschadenslagen
219 behandelt.

220

221 Zugleich fordert der ASP eine Neujustierung der Beziehungen der Bundeswehr zu
222 den Arbeitgebern von Reservisten mit dem Ziel möglichst viele gegenseitige Vorteile
223 zu entwickeln. Der Dienst der Reservisten muss zudem mehr Anerkennung finden,
224 nicht nur bei Arbeitgebern sondern auch in Familie und Zivilgesellschaft. Wirtschaft
225 und Zivilgesellschaft müssen daher an der Entwicklung eines neuen pro-aktiven
226 Reservistenkonzepts von vornherein beteiligt werden.

227

228

229 **5. Forderung: Die Bundeswehr in der Fläche erhalten**

230

231 Der ASP fordert, dass die Bundeswehr auch künftig in der Fläche präsent bleibt,
232 damit die Bundeswehr in der Gesellschaft weiterhin verankert bleibt.

233

234 Präsenz der Truppe in der Fläche ist zudem ein wichtiges Element für die künftige
235 Nachwuchsgewinnung, wenn es darum geht, jungen Menschen in einer
236 entscheidenden Phase ihres Lebensweges einen attraktiven Arbeitsplatz in der Nähe
237 und mit Bezug zu ihrer Heimat anbieten zu können.

238

239 Die Kreiswehrrersatzämter werden bei Aufgabe der Wehrpflicht in der neu zu
240 schaffenden Organisation zur Nachwuchsgewinnung weitgehend aufgehen. Diese
241 muss aber in der Fläche präsent bleiben, um ihre Aufgaben wirkungsvoll erfüllen zu
242 können.

243

244

245 **6. Forderung: Deutsche wehrtechnische Industrie fordern und einbinden**

246

247 Flexibilität und schnelle Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen erfordern
248 auch neue Wege in der materiellen Bedarfsdeckung der Bundeswehr.
249 Rüstungsprozesse müssen dazu stringenter auf einsatzbedingte Notwendigkeiten
250 ausgerichtet werden.

251

252 Durch enge Verzahnung von Rüstungs- und Nutzungsmanagement ist zudem
253 sicherzustellen, dass die finanziellen Risiken über die gesamte Lebensdauer des
254 Wehrmaterials beherrschbar bleiben.

255

256 Möglichkeiten eines multinationalen Fähigkeitsaufbaus müssen vermehrt genutzt
257 werden. Europäische Kooperationsformen im Rüstungsbereich sollten gezielt
258 gefördert werden, um Kernkompetenzen in und für Europa zu sichern.